



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 19/2022
Palermo, 16.11.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 19/2022

Palermo, 16.11.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Die **Diffamierung und Kriminalisierung von NGOs aus dem Bereich Migration und Flucht** durch die politische Rechte nimmt wieder stark zu – doch dieses Mal können rechte und faschistische Politiker*innen auf die **Immunität ihres Amtes** vertrauen. So wird die bereits gerichtlich widerlegte These, dass es einen Pakt zwischen NGOs und Schlepper*innen geben würde, erneut verwendet, um die zivile Seenotrettung und Geflüchtete zu verleumden. Die **faschistische Regierung** um Präsidentin Giorgia Meloni hat bereits mit einer restriktiven Migrationspolitik Wahlkampf gemacht und versucht diese nun umzusetzen. Das rassistische Vorgehen gegen Migrant*innen werde immer gewalttätiger, berichtet unsere Schwesterorganisation Borderline Sicilia: So sei Sizilien durch Isolationshaft, Blitzzurückführungen und Zurückweisungen auf See zum geopolitischen Dreh- und Angelpunkt der neuen militarisierten Sicherheitspolitik Italiens geworden.

Kriminalisierung der Seenotrettung

Die zivile Rettungsorganisation **SOS Humanity** wehrt sich derzeit gegen die **Androhung einer Geldstrafe von 50.000€**, sollte sie nicht umgehend den Hafen von Catania auf Sizilien verlassen. Das Rettungsschiff hatte 179 Menschen aus Seenot gerettet, von denen anfangs nur 144 von Bord durften. Ähnlich geht es dem Rettungsschiff Geo Barents, auf dem 215 von den 572 geretteten Personen zunächst nicht anlanden durften. „Das Dekret des italienischen Innenministers ist ohne Zweifel rechtswidrig. Flüchtende an der italienischen Grenze zurückzuweisen verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention sowie internationales Recht“, sagt **Mirka Schäfer von SOS Humanity**. Die **Strategie der neuen italienischen Regierung** von Giorgia Meloni, die keine aus dem Mittelmeer geretteten Migrant*innen und Geflüchteten mehr aufnehmen will und die Flaggenstaaten der Schiffe in der Pflicht sieht, wird im In- und Ausland scharf kritisiert: „In diesem Moment findet im Hafen von Catania eine selektive Ausschiffung statt. Schiffbrüchige, die durch Kälte, Müdigkeit, Trauma und Folter bereits erschöpft sind, werden nach dem Willen der Regierung (...) als Objekte betrachtet. Eine Schande!“, kommentierte der Abgeordnete der italienischen links-grünen Liste, **Aboubakar Soumahoro** auf Twitter.

Iuventa-Prozess

Der Prozess gegen vier Crewmitglieder der Iuventa **verzögert sich weiter**. Die Vorverhandlung wegen „Beihilfe zur unerlaubten Einreise“ von Asylsuchenden in den Jahren 2016 und 2017 soll nun am **3. Dezember** weitergehen. Bei einer Verurteilung drohen den

Seenotretter*innen bis zu 20 Jahre Haft (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)).

Gedenkfeier auf Lampedusa

In der Leichenhalle des Friedhofs von Cala Pisana auf Lampedusa fand am 2. November eine [Gedenkfeier für die acht Toten](#), überwiegend Kinder, eines Schiffsunglücks im vergangenen Oktober statt. Bei den Verstorbenen handelte es sich unter anderem um wenige Wochen alte Zwillinge, deren Eltern sie zur Pflege und Behandlung nach Italien bringen wollten, sowie einen Jungen und ein Mädchen im Alter von 10 Monaten bzw. einem Jahr, die durch Verbrennungen ums Leben kamen. Eine [Gruppe von Kindern aus Lampedusa](#) las vor der geschlossenen Tür der Leichenhalle die Geschichte des goldenen Fisches vor und betete für die vier verstorbenen Kinder. Für drei der acht Leichen sind die **Genehmigungen für die Überführung** vor ein paar Tagen eingetroffen. Weitere [96 Personen](#) der betroffenen Überfahrten konnten von der italienischen Küstenwache gerettet werden.

Auswirkungen der Covid-19 Pandemie

Die politischen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie sind überall zu spüren, doch die **Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Migrant*innen sind davon besonders betroffen**: So wurde auf dem [16. Kongress der Italienischen Gesellschaft für Migrationsmedizin](#) ("Società Italiana di Medicina delle Migrazioni") berichtet, dass migrantische Wanderarbeiter*innen große Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Gesundheitseinrichtungen hatten und häufiger in nicht-angemeldeten Erwerbsverhältnissen tätig waren.

Letztere seien im Allgemeinen **gefährlich, schwierig und schmutzig** ("3D" = dirty, dangerous, difficult). Zudem sei die Arbeitslosigkeit bei ausländischen Arbeitnehmenden von 4,84% vor der Pandemie auf derzeit 20,97% angestiegen, was nicht nur eine allgemeine Verarmung zur Folge habe, sondern die Bedingungen prekärer Arbeits- und Lohnverhältnisse noch weiter verschlechtere.

Mit dem "[Dossier zur Einwanderung](#)" des Forschungsinstituts Idos können diese alarmierenden Entwicklungen auch in der Region Toskana bestätigt werden: Die **soziale Lage ausländischer Bürger*innen und ihrer Familien hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert**. Unter Arbeitnehmenden ist die Arbeitslosenquote bei dieser Gruppe mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu italienischen Staatsbürger*innen, Arbeitsplatzunsicherheit ist weit verbreitet und migrantische Arbeitskräfte sind besonders an Arbeitsplätzen zu finden, die wenig geschützt und am stärksten von Ausbeutung bedroht sind. Auch die Diözesan-Caritas von Pisa meldet einen erheblichen Anstieg der Hilfeersuchen ausländischer Familien.

Studie zur Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen in Italien

Aus einem [Bericht des italienischen Innenministeriums](#) geht hervor, dass entgegen der Aussagen italienischer Politiker*innen, **Italien weniger Geflüchtete aufnimmt als andere EU-Mitgliedsstaaten**: So nimmt Deutschland im Verhältnis zur Bevölkerung sechsmal so viele Geflüchtete auf wie Italien; Norwegen

immerhin dreieinhalbmal so viele. Zwischen 2019 und 2021 betreffen nur ca. **6,5% der in der EU gestellten Asylanträge** Italien. Eine Änderung des Dublin-Abkommens, wonach man dazu verpflichtet ist, im Ankunftsland Asyl zu beantragen, wäre notwendig, um Geflüchtete auf die EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen, doch selbst die italienische Präsidentin Giorgia Meloni erklärte in Brüssel, dass dies nicht mehr die Priorität Italiens sei. Das Ziel sei nun "die Verteidigung der Außengrenzen". Italien gehörte in den vergangenen Jahren zu jenen fünf europäischen Küstenstaaten, welche eine Änderung der Dublin-Verordnung gefordert hatten, um das überforderte Aufnahmesystem zu entlasten. Das Dublin System als solches basiert auf einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und ist als solches der Versuch, Migration bereits an den europäischen Außengrenzen aufzuhalten und zu kontrollieren. Trotz der berechtigten Kritik nutzen auch populistische und rechte Ideologien die massiven Fehler dieses Systems immer wieder zu eigenen Zwecken aus und speisen sie in das Narrativ einer durch Migration ausgelösten Überforderung ein, welche allerdings auf den Mangel an solidarischen und geordneten Lösungen für die systemischen Missstände zurückzuführen sind und nicht auf die Ankunft von Schutzsuchenden.

Situation der Geflüchteten

Nach einem Besuch in den improvisierten Unterbringungen für Saisonarbeiter*innen bei Campobello und Castelvetro äußerte sich der [italienische Senator Davide Faraone](#) von

Azione-Italia Viva schockiert: "Was in den improvisierten Lagern in Campobello di Mazara und Castelvetro geschieht, entzieht sich jeglicher menschlichen Würde und der Achtung vor dem Leben". Er mahnte, dass sich die **humanitären Probleme** nicht lösen ließen, wenn sie ignoriert würden und veranlasse daher ein Treffen mit dem Präfekten von Trapani, um die Situation unerlaubter Lager und katastrophaler Unterbringungsstrukturen zu thematisieren.

Auch in der [Basilikata](#) wird scharf über ein Ende einer weiteren **Not-Situation** debattiert: Arbeiter*innen, die auf der Suche nach Beschäftigung durch ganz Italien ziehen, müssen dort in behelfsmäßigen Hütten ohne Licht und Wasser leben oder gelangen in die Hände der "caporali" – ein illegales Netzwerk der Ausbeutung und Versklavung migrantischer Arbeiter*innen. In der Basilikata gibt es zwar Pläne und ausreichend Gelder, um eine Aufnahmeeinrichtung zu bauen, doch **dieses Bauprojekt wurde noch immer nicht begonnen**. Zudem soll diese Einrichtung weit von den Ballungszentren entfernt liegen und wird vermutlich nicht ausreichen, um alle Saisonarbeiter*innen unterzubringen (siehe auch [hier](#)).

Saisonarbeit in Italien

Aufgrund des erwarteten Personalmangels in der kommenden Saison fordern venetische Unternehmen die [Einreise und Anstellung migrantischer Arbeiter*innen](#) – eine absurde Situation, betrachtet man die Tatsache, dass die neu gewählte Regierung um Giorgia Meloni (Fdi) dabei ist, die Ankunft von Migrant*innen und Geflüchteten in Italien zu blockieren. In Italien sind rund **ein**

Drittel (29,3 %) der gesamten Arbeitskräfte der Landwirtschaft saisonal angestellte Migrant*innen.

Die letzte Blockade der Ankünfte hat dazu geführt, dass ganze Sektoren für Migrant*innen nicht mehr zugänglich waren und diese sich v.a. auf die Bereiche Landwirtschaft, Baugewerbe und Gaststättengewerbe verteilt haben. Das verabschiedete Gesetzesdekret 73/2022 vom 22. Juni 2022 sieht zwar Vereinfachungen für die Einreise migrantischer Arbeiter*innen vor, doch die rechte Regierungskoalition versucht nun das sog. Flussi-Dekret zu erweitern, um dieses Gesetzesdekret zu umgehen. Es sei dringend notwendig, das Flussi-Dekret aufzuheben, damit migrantische Arbeiter*innen sich in **völliger Legalität und Sicherheit** in Italien aufhalten könnten, kommentierte [Erika Baldin](#) von der 5-Sterne-Bewegung.

Balkanroute

In der Gegend von Triest, unweit der Grenze zu Slowenien, begegnete die Grenzpolizei zwischen **130 und 160 Migrant*innen und Geflüchteten** aus Pakistan und Afghanistan, die sich nun in Italien registrieren müssen.

Das **Aufnahmesystem in Trieste ist überlastet**, da Transfers von Asylbewerbenden in andere Regionen Italiens seit Mitte Juli stark zurückgegangen sind, erklärt der Präsident des Italienischen Solidaritätskonsortiums – Flüchtlingsbüro (Ics), [Gianfranco Schiavone](#). Infolgedessen seien die rund 1.200 Aufnahmeplätze der Stadt nicht ausreichend. Wie wir bereits in den [vorherigen Ausgaben](#) des Sciroccos berichteten, suchen daher viele Menschen notdürftige Unterkünfte, schlafen im Freien oder machen sich auf

eigene Faust auf den Weg in andere Städte. Eine Situation, die nach Ansicht von Schiavone nicht durch die Zunahme der Ankünfte über die sog. Balkanroute zwischen Griechenland und Italien zu rechtfertigen sei, sondern durch die politisch motivierten **verlangsamten Transfers**. Diese Verstöße gegen die Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten müssen daher auf politischer und institutioneller Ebene geklärt werden – bis dahin muss alles getan werden, um die ankommenden Menschen mit einer minimalen Versorgungsstruktur zu unterstützen.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>